

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

[Beiträge]

[urn:nbn:de:bsz:31-336850](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-336850)

## Unsere Toten.

Auch im verfloffenen Jahre ist die Zahl derer, die der Tod aus unserer Mitte gerissen hat, eine große. Wenn wir an dieser Stelle auch nicht alle namentlich aufzählen können, die für die Sache des Volkes ihr Bestes getan, wollen wir doch von den bekanntesten derselben ein kurzes Lebensbild geben.

### Jakob Friedrich Huttenrieth.

In Münsingen auf der schwäbischen Alb im Jahre 1829 geboren. In den 60er Jahren nach Offenburg übergesiedelt, war er einer der ersten, welche die Fahne der Partei im badischen Oberland aufpflanzen halfen. Während des Sozialistengesetzes zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Anfang der 90er Jahre stand Huttenrieth an der Spitze des Landesvorstandes der badischen Sozialdemokratie. Am 18. Mai 1908 hat dieser verdienstvolle Kämpfer die Augen für immer geschlossen.

### Jakob Dittus,

Stadtrat in Pforzheim, gestorben im Oktober 1907. In den 80er Jahren Vertrauensmann der Pforzheimer Parteigenossenschaft. 1899 in den Bürgerausschuß, 1905 in den Stadtrat gewählt. Er erreichte ein Alter von 63 Jahren.

### Christian Vögelen,

gestorben Ende November 1907. Langjähriges Mitglied des Landesvorstandes in Mannheim. Während des Sozialistengesetzes einer der tätigsten und opferbereitesten Anhänger, dem Verfolgungen und Hausdurchsuchungen von seiten der Polizei nicht erspart blieben. Auf allen Parteitagungen der 90er Jahre der badischen Sozialdemokratie war er als Delegierter anwesend. Er war Mitbegründer der Mannheimer „Volksstimme“ und gehörte bis zu seinem Tode dem Verwaltungsrate an. Rednerisch begabt, bekleidete er nacheinander verschiedene Vertrauensstellungen innerhalb der Partei und der Gewerkschaften. Der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gehörte er seit dem Jahre 1893 an und war längere Jahre Fraktionsvorsitzender. Am 20. Februar 1858 geboren, erreichte er nur ein Alter von nicht ganz 50 Jahren. Die Beerdigung Vögelen's gestaltete sich zu einer großen Trauerkundgebung der Mannheimer Arbeitererschaft.

### Franz Joseph Ehrhart,

Reichs- und Landtagsabgeordneter, Stadtrat in Ludwigshafen, geb. am 6. Februar 1853, gestorben am 20. Juli 1908. In den 70er Jahren schon mit unserem, vor nahezu 2 Jahren verstorbenen August Dreesbach in Baden für die Sozialdemokratie agitatorisch tätig. Seit 1883 in Ludwigshafen ansässig und lange Zeit der einzige Agitator und Organisator der Pfalz.

Ehrhart gehörte dem Ludwigshafener Stadtrat seit 1889, dem bayerischen Landtag seit 1893 und dem Reichstag seit 1898 an.

Was unsern Franz Josef vor allem auszeichnete, das war neben seinem sonnigen Humor, der ihn auch in den schwierigsten Situationen nicht verließ und der „vor dem Feind“ oft zu vernichtendem Sarkasmus

wurde, seine rücksichtslose, dabei doch stets sympathisch berührende, weil herzlich gut gemeinte Offenheit. Ohne Schminke gab sich seine Ueberzeugung auch dem Freunde gegenüber, wenn er, ihm Aug in Aug schauend, das Bedürfnis empfand, „von der Leber weg“ zu reden. Gradeaus! war Ehrharts Parole; Schleichwege mied er, selbst wenn sie ihm bequemer schienen.

So starb unser Franz Josef Ehrhart auf der Höhe der Erfolge, gleich August Dreesbach, seinem treuen Waffengefährten, der ihm schon 19 Monate im Tod vorangegangen ist. Nach Liebknecht, Grillenberger, Dreesbach, Meister, Auer, Meist, Motteler jetzt auch Ehrhart — eine Mahnung an die Jungen, der gewaltigen Aufgaben und der schweren Pflichten eingedenk zu sein, die der Weggang der bewährten Veteranen nun auf ihre Schultern wälzt. Mögen sie sich an diesen, ihrer selbstlosen Hingabe und Begeisterung für die Sache des emporsteigenden Proletariats, ihrem zähen Ausharren in der Zeit schwerster Not und ihrem unverwüßlichen Glauben an die Ideale des Sozialismus allezeit emporrichten und daraus die Kraft schöpfen zum Ausharren im harten Kampf der Zeit und im Vertrauen auf die Erringung einer besseren Zukunft!

Zu verzeichnen sind noch:

Karl Klotz, langjähriger Reichs- und Landtagsabgeordneter für Stuttgart, geb. 13. April 1847, gestorben im Februar 1908.

Karl Meist, geb. 12. Dezember 1856, gestorben im Februar 1908, von 1893—1895 und von 1903—1907 als Vertreter des Wahlkreises Rempshausen-Mettmann. Mitglied des Reichstages.

Philipp Löber, geb. 17. Dezember 1878, gestorben in Mannheim im Mai 1908. Langjähriger Vorsitzender des Gewerkschaftsartells, Stadtverordneter und Vorsitzender der Preßkommission der Mannheimer „Volksstimme“.

Das Proletariat wird diesen verstorbenen Mitkämpfern ein ehren- des Andenken bewahren.



## Die politische Lage in Baden.

Durch die Einführung des direkten Wahlrechts hat sich die politische Situation im einstigen „liberalen Musterländchen“ total verändert. Die ersten unter der Herrschaft des direkten Wahlrechts vollzogenen Landtagswahlen sind gleich lehrreich für den Politiker wie für den Geschichtsschreiber. Das Ergebnis der Hauptwahlen mit 28 Zentrumsabgeordneten war für den, der die politischen Vorgänge der letzten 1½ Jahrzehnte in Baden kannte, ebenjowenig überraschend, wie die schwere Niederlage, welche die Nationalliberalen dabei erlitten haben. Man kann eben nicht ungestraft den Willen der Volksmehrheit mißachten, wie dies die Nationalliberalen so lange getan haben. Als die Einsicht bei ihnen zu dämmern anfang, war es schon zu spät. Das Zentrum hatte sich die Fehler der nationalliberalen Politik geschickt zunutze gemacht und daneben sich eine über das ganze Land verbreitete Organisation, sowie zahlreiche Preßorgane geschaffen, während die Nationalliberalen sich immer nur auf die Hilfe der Regierung verlassen haben. Dazu kamen die Folgen der Kulturkampfgesetze, die das Zentrum weidlich auszunutzen verstand. Zwar gelang es den Nationalliberalen, schon vor den Haupt-

wahlen eine Verständigung mit den linksliberalen Parteigruppen herbeizuführen. Allein abgesehen davon, daß die Linksliberalen nur über einen schwachen Anhang unter der badischen Wählerschaft verfügen, bestanden und bestehen heute noch zwischen diesen liberalen Bundesgenossen so große taktische und prinzipielle Gegensätze, daß eine wirklich einheitliche, in großem Stil gehaltene politische Aktion schlechterdings unmöglich war und noch ist. Auf der andern Seite hatte das Zentrum eine Verständigung mit den Konservativen gesucht und auch gefunden, so daß dem liberalen Heerbann von vornherein ein viel stärkerer ultramontan-konservativer gegenüberstand. Der Liberalismus wäre bei dieser Sachlage zweifellos bei den Stichwahlen völlig unterlegen, wenn seinen Führern nicht die Ueberzeugung sich aufgedrängt hätte, daß in dieser Situation ein Bündnis mit der Sozialdemokratie die einzige Möglichkeit der Rettung vor einer politischen Katastrophe für den Liberalismus bietet. Die Sozialdemokratie hatte um so weniger Anlaß, das ihr angebotene Bündnis für die Stichwahlen abzulehnen, als sie selbst ein großes Interesse daran hatte, eine clerikal-konservative Mehrheit in der zweiten badischen Kammer zu verhindern und wenn irgend möglich „das Binglein an der Wage“ bei den prinzipiell wichtigsten Entscheidungen künftig in der Kammer zu bilden. Dem Zentrum kam dieses Bündnis völlig überraschend, denn daran hatte man auch in Baden bis dahin nicht zu denken gewagt, daß die so verfehdete „Ansturzpartei“ von der einst allmächtigen nationalliberalen badischen Regierungspartei als bündnisfähige und damit als gleichberechtigte Partei anerkannt werde. Sogar in den Kreisen der Regierung scheint man nach dem Ergebnis der Hauptwahlen mit einem solchen Bündnis gerechnet zu haben, wenigstens ließen Neußerungen eines offiziellen Artikels im Regierungsorgan eine solche Deutung zu. Der Erfolg des Zusammengehens der Liberalen aller Schattierungen mit der Sozialdemokratie war ein über alles Erwarten glänzender. Das Zentrum konnte bei den Stichwahlen kein einziges Mandat mehr gewinnen und mußte sich damit begnügen, den Konservativen noch zu zwei Mandaten zu verhelfen.

Bernünftigerweise hätte man glauben sollen, die Nationalliberalen würden nun endlich begreifen, wohin ihr Weg führt, wenn sie von ihrer bisherigen Politik nicht ablassen. Das badische Volk hatte — soweit es nicht unter dem Einfluß der reaktionären Parteien steht — seinen Willen mit geradezu elementarer Wucht kundgegeben. Es hoffte, daß nachdem die liberalen Parteien mit der sozialdemokratischen Partei sich bei den Wahlen mit so großem Erfolg zum Kampf gegen die geeinigte Reaktion zusammengefunden hatten, nunmehr auch im Landtag selbst eine dieser Wahltaktik entsprechende Politik sich ermöglichen lasse. Denn nur dadurch war der Ansturm der Reaktion auf die Dauer zurückzuweisen. Anfangs schien es, als ob die Nationalliberalen Vernunft angenommen hätten. Sie bildeten zusammen mit den Linksliberalen eine Fraktionsgemeinschaft und stimmten auch für den sozialdemokratischen Vizepräsidenten. Damit war aber das politische Zusammenarbeiten zwischen den Nationalliberalen und der Sozialdemokratie erschöpft. Zwar hielten die nationalliberalen Redner manche scharf zugespitzte Abrechnung mit dem Zentrum, aber zwischen Reden und Handeln ist noch ein weiter Abstand. Im wesentlichen wurde die Politik des Landes nicht von den im Wahlkampf zusammengestanden Parteien gemacht, sondern von den Nationalliberalen und dem Zentrum. Daß

dabei das Zentrum viel mehr auf seine Rechnung gekommen ist, als die Nationalliberalen, versteht sich für den Kenner der Politik von selbst. Alle auf dem letzten Landtag beschlossenen Gesetze tragen den Zentrumsstempel. Bei dieser Sachlage konnte die Regierung nur eine im höchsten Grade zweideutige Rolle spielen, denn eine Mehrheit für eine in bestimmter Richtung zu befolgende Politik stand ihr nicht zur Verfügung. „Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht“, das war die Losung der Regierung. Im Minister Schenkkel verkörperte sich diese Zwitterstellung der Regierung. Obwohl ein Minister wie Herr Schenkkel niemals von der Gnade des Zentrums abhängig sein konnte, fing er mit der Sozialdemokratie mutwillig Streit an. Gleichzeitig lag er im Kampf mit dem Zentrum, das ihn im Verdacht hatte, daß er der heimliche Begünstiger des Bündnisses zwischen den Nationalliberalen und der Sozialdemokratie sei. So kam Herr Schenkkel zwischen zwei Stühle zu sitzen und fiel auf den Boden, d. h. er mußte seinen Ministerposten quittieren.

An seine Stelle trat Herr v. Bodman. Demselben fiel die Aufgabe zu, die Nationalliberalen wieder von der Sozialdemokratie loszureißen und diese zu isolieren. Das Alarmsignal für die Schwenkung der Regierung ließ nicht lange auf sich warten. Der vielbesprochene „Fall Schäußle“ zeigte, aus welchem Loch der Wind der Regierung pfeifen sollte. Eine größere Dummheit als die mit der politischen Maßregelung des Eisenbahnarbeiters Schäußle hat die badische Regierung kaum je gemacht. In der Folge verhandelte Minister v. Bodman mit den Konservativen, um diese zu bewegen, beim Wiederzusammentritt des Landtags für den nationalliberalen Präsidentschaftskandidaten zu stimmen. Auch diese Aktion war so unüberlegt wie die gegen den Eisenbahnarbeiter Schäußle. Minister v. Bodman hätte sich sagen müssen, daß die Nationalliberalen den Konservativen nichts mehr zu bieten haben und daß diese deshalb auch nicht dazu sich verstehen werden, dem Zentrum, das ihnen ohne jede Gegenleistung zu ihren Mandaten verholfen hat, einen bösen Streich zu spielen. Es kam, wie es kommen mußte, Herr v. Bodman erhielt von den Konservativen einen Korb und das Zentrum stellte zum ersten Male den Präsidenten der zweiten Kammer, nachdem die Nationalliberalen zuvor sich geweigert hatten, den von der sozialdemokratischen Fraktion wieder zum zweiten Vizepräsidenten vorgeschlagenen Abg. Geck zu wählen. Damit war der politischen Situation der Stempel deutlich aufgedrückt. Die Regierung begnügte sich aber mit diesen Niederlagen ihrer Taktik gegen die Sozialdemokratie nicht. Gleich bei Beginn der großen Finanzdebatte ergriff Herr v. Bodman die Gelegenheit, mit der Sozialdemokratie eine Abrechnung halten zu wollen. Nach der „berühmten“ Gepflogenheit stützte er sich dabei auf das Zitieren aus sozialdemokratischen Schriften und Zeitungen, ohne dieselben zuvor selbst studiert zu haben. Dabei passierte ihm das Malheur, falsche Behauptungen aufzustellen, die er hinterher selbst als unrichtig anerkennen mußte. Der sozialdemokratischen Fraktion bot dieser Husarenritt des Herrn v. Bodman natürlichen willkommenen Anlaß, den Stil umzudrehen und mit der Regierung und ihrer kompletten Unkenntnis über die sozialistischen Ziele und Forderungen eine gründliche Abrechnung zu halten. Mit dem Resultat dieser Debatte konnte die Sozialdemokratie sehr zufrieden sein, denn selbst die Gegner mußten zugestehen, daß die Regierung

Kliger daran getan hätte, diesen Streit nicht vom Zaune zu brechen. Zu allem kam dann noch die moralische Niederlage, welche die Regierung bei der Interpellation über den „Fall Schäußle“ erlitten hat. Zwar spielte das Zentrum in dieser Sache eine sehr zweideutige jesuitische Rolle, indem es die politische Maßregelung des Eisenbahnarbeiters Schäußle nicht billigte, aber auch nicht ausdrücklich mißbilligte. Natürlich hätte das Zentrum gegen die Regierung ganz anders vom Leder gezogen, wenn es sich statt um einen sozialdemokratischen, um einen Zentrumsarbeiter gehandelt hätte. Die staatsbürgerliche Gleichheit ist dem Zentrum nur dann heilig und unantastbar, wenn es sich um seine eigenen Parteiangehörigen handelt. Dieser politische Jesuitismus gehört zum System der Zentrumspolitik. Einzig die vierköpfige konservative Fraktion billigte das Vorgehen der Regierung im „Fall Schäußle“. So hatte also die Regierung durch ihr jeder politischen Ueberlegung entbehrendes Draußlosgehen auf die Sozialdemokratie nur erreicht, daß nicht diese, sondern sie selbst auf den Isolierschemel zu sitzen kam. Alle Aktionen der Regierung, von sich aus auf eine andere Parteikonstellation bei den kommenden Wahlen hinzuwirken, blieben also erfolglos. Die Regierung scheint das auch eingesehen zu haben, denn ihre Taktik gegen die Sozialdemokratie setzte sie nicht fort, sondern sie ließ den Dingen einfach ihren Lauf. Und am Schlusse des Landtags stellte sogar der Finanzminister — vielleicht der grimmigste Gegner der Sozialdemokratie unter den badischen Ministern — der sozialdemokratischen Fraktion für die von ihr geleisteten Arbeit ein sehr gutes Zeugnis aus. So endete also der mit so großem Getöse in Szene gesetzte Kampf gegen die Sozialdemokratie mit einem glänzenden Erfolg für dieselbe und mit einer Niederlage der Regierung auf der ganzen Linie.

Neben der Regierung muhten auch die bürgerlichen Parteien anerkennen, daß die sozialdemokratische Fraktion positiv und mit gutem Erfolg sich ihrer parlamentarischen Aufgabe unterzogen hat.

Der Gegensatz zwischen den Liberalen und der Zentrumsparthei ist heute noch derselbe, wie im Jahre 1905. Das Zentrum strebt mit allen, selbst den politisch verwerflichsten Mitteln, im Bunde mit allen Konservativen und sonstigen Reaktionären nach der parlamentarischen Macht im badischen Landtag. Wozu das Zentrum in diesem Kampfe fähig ist, das hat es bei der Nachwahl im Wahlkreis Schopfheim-Schönau gezeigt. Dort hat es einen Mann, der sich zu den Jungliberalen bekannte und selbst für die Aufstellung des Jungliberalen Kandidaten Ries gestimmt hatte, auf den Schild gehoben und unter der Flagge des Bundes der Landwirte diesen Mann in den Landtag zu bugsieren versucht. Es war nur der energischen und sehr erfolgreichen Tätigkeit der sozialdemokratischen Wähler des Wahlkreises Schopfheim-Schönau zu verdanken, daß die badische Volksvertretung von dieser „Pierde“ eines Volksvertreters verschont geblieben ist. Das Zentrum aber hatte durch diesen Wahlstrich die Karten seiner Taktik für die kommenden Landtagswahlen aufgedeckt. Es wird — das steht heute fest — bei den kommenden Wahlen in all den Kreisen, wo es aus eigener Kraft nicht siegen kann, solche politische von ihm abhängigen Kreaturen der Reaktion unterstützen und seinen ganzen Agitationsapparat für dieselben in Bewegung setzen. Im Wahlkreis Schopfheim-Schönau haben sich die Zentrumswähler zu dem politisch schätzbaren Manöver, Männer ohne jedes politische Rückgrat,

politisch doppelzüngige Naturen mit dem Mandat des Volksvertreters zu betrauen, hergegeben. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben bei dem bevorstehenden Landtagswahlkampf sein, zu verhüten, daß Elemente, die keinen Funken politischen Charakters in sich tragen, nicht mit der Würde des Volksvertreters geschmückt werden. Das wäre eine Schande für das ganze badische Volk.

Die Nationalliberalen werden das freilich nicht verhindern können. Die Führer dieser Partei sind mit politischer Blindheit geschlagen. So lange der wirklich liberale Teil der „liberalen“ Wählerschaft sich nicht aufrafft und einmal gründlich Wandel schafft, wird es der Reaktion leicht sein, ihre Kreise immer weiter auszudehnen. Deshalb ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie und aller ihrer Anhänger, bei den kommenden Wahlen mit dem größten Eifer die Agitation zu betreiben, um in allen Wahlkreisen eine möglichst große Zahl von Stimmen auf die sozialdemokratischen Kandidaten zu erzielen. Dieser Arbeit hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion durch ihre ersprießliche und allseits anerkannte Tätigkeit mit gutem Erfolg die Bahn geebnet. Jetzt ist es Sache der Wähler, diesen Erfolg zu krönen, indem sie allüberall für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen, für Aufklärung und Organisation tätig ist. Vor allem muß die sozialdemokratische Presse eine noch größere Verbreitung finden. Je mehr sozialdemokratische Stimmen bei der nächsten Landtagswahl abgegeben werden, um so größer ist die Aussicht, die ultramontan-konservative Gefahr zu bannen und desto eher werden die Nationalliberalen sich dazu verstehen müssen, von ihrer prinzipienlosen Politik abzulassen, denn sonst sind die Tage des Nationalliberalismus auch in Baden, wo er einst allmächtig war, gezählt.

Auch du, lieber Leser, hast die staatsbürgerliche Pflicht, bei den nächsten Wahlen deinen Mann zu stellen. Und wenn du dir die politische Lage in unserm Lande überlegst und die sozialdemokratischen Zeitungen, Flugblätter usw., die man dir unterbreiten wird, aufmerksam und mit Verständnis liest, wirst du zu keinem andern Resultat kommen können, als dem in deinem Bezirk aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten deine Stimme zu geben. Sitzt in Baden die Reaktion einmal im Sattel, dann wird sie auch reiten. Aber dann ist es auch zu spät: Deshalb an die Gewehre, so lange es noch Zeit ist. Tue deine Pflicht, — das bist du dir selbst und dem ganzen Volke schuldig.

Wähle sozialdemokratisch! -h

## Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags.

Seit dem Jahre 1891 ist die Sozialdemokratie im badischen Landtage vertreten.

Die ersten Vertreter entsandte Mannheim mit August Dreesbach und Dr. Rüdert.

Die jetzige Landtagsfraktion besteht aus 12 Genossen. Die Namen derselben sind: Wechtold, Eichhorn, Dr. Frank, Beck, Horst, Kolb, Kramer, Kräuter, Lehmann, Pfeiffle, Rösch und Süßkind.

Im nachstehenden bringen wir einige biographische Notizen über die Vertreter des Proletariats.

**Bechtold, Friedrich**, Wirt und Landwirt in Edingen (Amt Mannheim), gewählt im 57. Landtagswahlkreis (Mannheim-Land) mit 2491 Stimmen. Geboren am 17. Juni 1859 in Edingen. Besuchte die Volksschule und machte von 1873—76 seine Lehre als Tabakarbeiter in Edingen durch. Mitglied des Bürgerausschusses seit 1900—1906 und von 1907 bis jetzt. Geschäftsführer des Konsumvereins Edingen seit 1903. Bevollmächtigter des Verbandes deutscher Tabakarbeiter Bremen. Mitglied des Landtags seit 1905.

**Sichhorn, Emil**, Schriftsteller, in Berlin. Gewählt im 49. Landtagswahlkreis (Pforzheim-Land) mit 2324 Stimmen. Geboren am 9. November 1863 in Köhrsdorf (Sachsen). Besuchte 1870—78 die Volksschule, 1878—80 die gewerbl. Fortbildungsschule und nach bestandener Lehrzeit technische Lehranstalten. Arbeitete als Mechaniker und Elektromonteur im In- und Ausland. Seit 1881 Mitglied der sozialdemokratischen Partei, 1893—1900 an der Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Dresden, 1900—1904 Redakteur der „Mannheimer Volksstimme“, dann Arbeitersekretär in Pforzheim, seit April 1905 badischer Parteisekretär, dabei Mitarbeiter und Korrespondent verschiedener politischer Zeitungen. Seit Juli 1908 Leiter des neuerrichteten Pressebureaus in Berlin. Steht seit den 90er Jahren in den vorderen Reihen der sozialdemokratischen Bewegung, hat wiederholt leitende Stellen in der Parteiorganisation innegehabt. Schrieb mehrere Broschüren agitatorischen Inhalts. Er litt im Dienste der Parteibewegung zahlreiche Geld- und Gefängnisstrafen. Mitglied des Reichstages seit 1903 für den 9. badischen Reichstagswahlkreis. Mitglied des Landtags seit 1901. Mitglied der Budgetkommission.

**Frank, Dr. Ludwig**, Rechtsanwalt in Mannheim. Gewählt im 41. Landtagswahlkreis (Karlsruhe-Stadt) mit 1828 Stimmen. Geboren 23. Mai 1874 in Nonnenweier (Amt Lahr). Besuchte die Volksschule Nonnenweier und Gymnasium Lahr. Studierte 1893—97 Jurisprudenz in Freiburg i. Br. und Berlin. Promovierte 1899 zum Doktor der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg. Diente 1894—1895 beim 5. bad. Infanterieregiment Nr. 113 in Freiburg. Machte 1897 sein erstes, 1900 sein zweites juristisches Staatsexamen in Karlsruhe. Seit 1900 Rechtsanwalt, seit 1904 Stadtverordneter in Mannheim. Mitglied des Reichstages seit 1907 für den 11. badischen Reichstagswahlkreis. Mitglied des Landtages seit 1905. Mitglied der Budgetkommission.

**Gesf, Adolf**, Buchdruckerbesitzer und Schriftsteller in Offenburg. Gewählt im 48. Landtagswahlkreis (Pforzheim-Stadt) mit 1955 Stimmen. Geboren am 9. Februar 1854 in Offenburg. Besuchte Volksschule und Gymnasium Offenburg. Studierte 1872—1876 in Karlsruhe das Ingenieursfach. Diente 1876—1877 im 5. bad. Infanterieregiment Nr. 113 in Freiburg i. Br. Entlassen mit dem Qualifikationsattest zum Leutnant der Reserve. 1879—1881 Parteisekretär der deutschen Volkspartei in Frankfurt a. M. Gründete 1881 in Offenburg die anfangs demokratische, dann sozialdemokratische Zeitung „Der Volksfreund“. Verbüßte im Dienste der Parteibewegung im ganzen 1½ Jahre Gefängnisstrafe. Gründete 1899 die wöchentliche Chronik „D'r alt' Offeburger“. Seit 1885 Stadtverordneter, seit 1903 zweiter Vorsitzender des Stadtverordnetenverbandes. Mehrjähriger Vorsitzender der sozialdemokratischen Landesorganisation von Baden. Mitglied der Kontrollkommission der sozial-

demokratischen Partei Deutschlands. Mitglied des Reichstages seit 1898 für den 10. badischen Reichstagswahlkreis. Mitglied des Landtages von 1897—1901, 1902—1903 und seit 1905. Mitglied der Geschäftsordnungskommission.

**Sorft, Christian**, Gastwirt in Durlach. Gewählt im 45. Landtagswahlkreis (Durlach-Stadt) mit 1000 Stimmen. Geboren 6. Januar 1865 in Durlach. Besuchte Volksschule. War von 1879—1903 in Durlach und Karlsruhe als Metallarbeiter tätig. Seit 1898 Stadtverordneter in Durlach. Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins Durlach, des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Mitglied des Landtages seit 1903. Mitglied der Kommission für Eisenbahn und Straßen.

**Kolb, Wilhelm**, Redakteur in Karlsruhe. Gewählt im 44. Landtagswahlkreis (Karlsruhe-Stadt) mit 2146 Stimmen. Geboren 21. August 1870 in Karlsruhe. Besuchte Volksschule Karlsruhe. Erlernete das Maler- und Tünchergewerbe. Seit 1892 in der gewerkschaftlichen, seit 1893 in der politischen Arbeiterbewegung tätig. Seit 1898 Redakteur des „Volkshfreund“. Seit 1904 Stadtverordneter, seit 1908 Stadtrat in Karlsruhe. Mitglied des Landtages seit 1905.

**Kramer, Robert**, Geschäftsführer in Mannheim. Gewählt im 59. Landtagswahlkreis (Mannheim-Stadt II) mit 1473 Stimmen. Geboren am 20. Februar 1856 in Nadesburg (Sachsen). Besuchte Volksschule 1862—1870. Erlernete von 1870—73 das Schuhmacherhandwerk. Bereifte 1874—80 als Schuhmachergefelle Deutschland, Oesterreich und die Schweiz. Seit 1880 in Mannheim. Seit 1892 Geschäftsführer des Medizinalverbandes, seit 1893 Stadtverordneter in Mannheim. Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins und des Vereins Deutscher Schuhmacher. Mitglied des Landtages seit 1897. Mitglied der Petitionskommission.

**Kräuter, Ernst**, Sägenfeiler in Freiburg. Gewählt im 19. Landtagswahlkreis (Freiburg-Stadt II) mit 1611 Stimmen. Geboren am 13. März 1855 in Obertarot (Amt Raftatt). Besuchte 1861—69 die Volksschule. Machte 1869—72 die Lehre als Sägenfeiler durch. 1873—78 auf Wanderschaft. 1878—90 als Geselle, seit 1890 selbständiger Sägenfeiler in Freiburg. Seit 1888 Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins, seit 1901 Vorsitzender der Ortskrankenkasse, seit 1902 Stadtverordneter in Freiburg. Mitglied des Landtages seit 1905. Mitglied der Petitionskommission.

**Lehmann, Gustav Adolf**, Buchhalter in Mannheim. Gewählt im 58. Landtagswahlkreis (Mannheim I) mit 1901 Stimmen. Geboren am 2. November 1855 in Görzdorf in der Mark (Preußen). Besuchte Volksschule und Fortbildungsschule. Seit 1899 Buchhalter in Mannheim, seit 1905 Stadtverordneter daselbst. Mitglied des Reichstages für Wiesbaden seit 1907. Mitglied des Landtages seit 1903. Mitglied der Budgetkommission.

**Pfeiffle, Georg**, Redakteur in Mannheim. Gewählt im 55. Landtagswahlkreis (Heidelberg-Land) mit 2958 Stimmen. Geboren am 18. Januar 1864 in Nehl. Besuchte Volksschule Nehl. Machte 1878—81 Lehre als Zigarrenmacher in Nehl durch. Bereifte Süd- und Norddeutschland. Seit 1893 Stadtverordneter, seit 1895 Mitglied des Stadtverordnetenvorstandes in Mannheim, von 1901—05 Vorsitzender der soziald. Partei Badens. Mitglied des Landtages seit 1905. Mitglied der Kommission für Eisenbahn und Straßen.

**Rösch, Ernst Friedrich**, Schriftsetzer in Lörrach. Gewählt im 11.

Landtagswahlkreis (Lörrach-Stadt mit Stetten) mit 1116 Stimmen. Geboren am 14. November 1867 in Rötteln (Amt Lörrach). Besuchte die Volksschule. Machte 1882—86 die Lehre als Schriftsetzer in Schopfheim durch. Bereiste Süd- und Norddeutschland. Seit 1893 in Lörrach. Mitglied des Buchdruckerverbandes. Vorstandsmitglied des Soziald. Vereins Lörrach. Mitglied des Landtags seit 1905.

Süßkind, Albert, Kaufmann in Mannheim. Gewählt im 62. Landtagswahlkreis (Mannheim V) mit 2284 Stimmen. Geboren am 29. Jan. 1861 in Alzey (Hessen). Besuchte Realschule Alzey bis 1876, erlernte dann die Kaufmannschaft, diente in Straßburg, bereiste Süd- und Westdeutschland. Seit 1887 in Mannheim, seit 1896 Stadtverordneter daselbst. Mitglied des Landtages seit 1903. Mitglied der Petitionskommission.



## Steuerzettel und Kanonen.

Die Abneigung gegen das Steuerzahlen ist eine weitverbreitete Krankheit. Und je größer der Reichtum ist, um so kleiner ist meist die Bereitwilligkeit, dem Staat zu geben, was des Staates ist. Das können wir jeden Tag sehen. Vor ein paar Jahren hat der Fürst von Fürstenberg sich geweigert, von seiner Millionenerbschaft die gesetzliche Abgabe zu entrichten; er prozessierte herum und mußte durch Richterspruch gezwungen werden zu bezahlen. Auch von einem vornehmen Grafen und badischen Gesandten erzählt man, daß er mit der Stadt, in der sein Schloß steht, herumstritt, weil er keine Umlage bezahlen wollte! Diese hochwohlgeborenen Herren suchten sich wenigstens durch juristische Künsteleien zu decken. Aber wie groß ist die Zahl jener Schlauberger, die sich beim Steuerkommisär nicht arm genug hinstellen können und dem Staatsfädel die Einnahmen betrügerisch schmälern! Wenn man allen Steuerdefraudanten ein schwarzes Kreuz auf die Stirn machen könnte, würde es dem Finanzminister ganz schwarz vor den Augen werden. Bei den armen Leuten ist die Sache ganz anders. Bei einem Bäuerlein kennt man genau sein bißchen Feld und den Wert von Hof und Haus und er darf nicht einmal alle Schulden abziehen, die darauf ruhen. Und beim Arbeiter wird einfach die Lohnliste eingefordert und auf Keller und Pfennig herausgeschrieben, was er verdient hat, und danach wird die Steuer berechnet. Aber es genügt den Besitzenden nicht, sich im kleinen um ihren Steueranteil herumzubrüden, sie treiben es vielmehr im großen. Zu diesem Zweck haben sie die indirekten Steuern erfunden. Die Grenzen des Reiches wurden gesperrt und von allen Lebensmitteln, die hereingebracht werden sollen, muß hoher Zoll entrichtet werden. Dadurch werden natürlich die Waren im Lande verteuert und mit jedem Laib Brot, den wir kaufen, mit jeder Tasse Kaffee, die wir trinken, mit jedem Stückchen Zucker, das wir in den Tee werfen, zahlen wir indirekte Steuern. Viele hundert Millionen Mark werden auf diese Weise jährlich ausgebracht. Der Zoll ist gleich hoch für den Millionär wie für den Bettler. Und weil die Reichen nur eine kleine Minderheit sind, werden also diese Steuerbeträge, die man Bölle nennt, von der großen Masse der Besitzlosen entrichtet. Aber die meisten merken gar nicht, wie sie geschröpft werden. Die Unwissenheit der Armen ist der Fels, auf

Dem die Zwingburg der Geldsachherrschaft erbaut ist. Hier ruht auch das Geheimnis eines gewissen „Nationalismus“. Wenn die Kosten für Kasernen und Kriegsschiffe durch die Herren aus ihren Riesenvermögen bezahlt werden müßten, oder wenn sie wenigstens mit ihrem Einkommen zu einer direkten Steuer herangezogen würden, wäre ihr aufdringlicher Eifer für die Verstärkung von Heer und Flotte bald erloschen. Die Sozialdemokraten haben die Forderung direkter, gerechter Abgaben immer vertreten, sind aber von den Wortführern der Geldsacke niedergestimmt worden. In diesem Winter wird sich wieder zeigen, welche Abgeordneten die Schutztruppe der Kapitalisten sind. Die sogenannte Reichsfinanzreform steht zur Entscheidung. Es geht mit der empörenden Schuldenwirtschaft des Reiches nicht mehr weiter. Neue Geldquellen sollen gesucht werden, damit das gewohnheitsmäßige Pumpen aufhört. Aber die Herren von der Regierung und von der liberalen und konservativen Blockkompagnie verkünden schon wieder, daß nach dem alten Rezept geschafft werden müsse. Neue indirekte Steuern sind geplant! Dem Volk soll weiter Sand in die Augen gestreut werden. Aber nicht bloß die Armen werden geschädigt zu Gunsten der Reichen, — es wird Süddeutschland zu Lasten herangezogen, von denen Preußen verschont bleibt. Eine Steuer auf die Elektrizität wollen diese Staatspfuscher einführen in dem Augenblick, in dem die Industrie, die Landwirtschaft und die Eisenbahnen unseres Landes die reichen Wasserkräfte des Oberrheins auszunutzen anfangen. Der deutsche Norden würde von dieser Abgabe nur ganz wenig getroffen werden. Die badische Regierung hat nicht den Willen oder nicht die Kraft, die bedrohten wirtschaftlichen Interessen unserer Heimat gegen die preußische Vormacht zu schützen. Die Sozialdemokratie aber war auf dem Platze und tat ihre Pflicht; im Landtag wie in ihren Zeitungen und Versammlungen hat sie gegen diese ungerechte und unsinnige Steuer, die eine Fessel für die Entwicklung des Gewerbes wäre, zum Kampfe aufgerufen.

Ludwig Frank.



## Die Taubenwirtin.

Skizze von Anton Fendrich.

Im grünen Wiesengrund, der sich wie ein gleichmäßiges Becken hell von der dunklen Umrahmung der Tannen abhebt, lag das Dörfchen Wildau. Das große Wirtshaus zur Taube sah stolz von einer Anhöhe herab, die sich mitten aus dem Wiesengrund erhob.

Die Taube von Wildau war in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts im ganzen Schwarzwald bekannt. Noch mehr aber die Taubenwirtin. Während des ganzen Morgens konnte man sie fast alle Stunde einige Minuten unter der Tür stehen sehen, von der aus man das ganze Dörfchen überblickte. Sie war ein Frau von bedeutenden Dimensionen, und doch nicht unproportioniert. Aus dem Gesicht leuchtete eine rotbackige Entschlossenheit. Für sie gabs nur ein „ja“ oder „nein“. Die gewaltigen, nackten Arme, die rot und kernig von den weißen Wauschärmeln abstachen, waren achtungsgebietend, das gestickte Nieder, sowie der